

Postulat Fraktion SP (Fuat Köçer/Halua Pinto de Magalhães) vom 22. September 2016: Vielfalt im Lehrerzimmer als Antwort auf Vielfalt im Klassenzimmer (2016.SR.000230)

In der Stadtratssitzung vom 13. Juni 2019 wurde das folgende Postulat SP erheblich erklärt.

In der Schweizer Bildungspolitik und erziehungswissenschaftlichen Forschung wird die migrationsbedingte Diversität der Schülerinnen und Schüler seit einigen Jahrzehnten stark thematisiert. Mehrfachzugehörigkeiten von Lehrpersonen wurden hingegen weniger untersucht. Mittlerweile wurde das DIVAL-Projekt (Laufzeit 2013-2015) ins Leben gerufen, um zumindest die migrationsbedingte und soziale Diversität von angehenden Lehrpersonen der Volksschule am Beispiel der Studierenden der Pädagogischen Hochschule St. Gallen (PHSG) analysieren zu können.¹ Gestützt auf dieses Projekt wurde 2015 im Rahmen einer Masterarbeit an der Pädagogischen Hochschule Bern ebenfalls die migrationsbedingte Diversität angehender Lehrpersonen untersucht.² Gemäss der Stichprobe dieser Untersuchung geben 31,2% der Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Bern an, einen Migrationshintergrund zu haben.³ Gemäss dieser Statistik werden in den kommenden Jahren also eine grosse Anzahl der Lehrpersonen mit „Migrationshintergrund“⁴ diplomiert. In der statistischen Erfassung und Charakterisierung der Wohnbevölkerung in der Schweiz wird das Merkmal Migrationshintergrund vom Bundesamt für Statistik erst seit einigen Jahren berücksichtigt. Bis dahin wurden die Migrationsfragen bei den Erhebungen durch die Frage der Staatsangehörigkeit abgedeckt. Mit dem Merkmal der Staatsangehörigkeit ist es möglich, eine Unterscheidung zwischen in- und ausländischen Staatsangehörigen zu machen. Dieses Kriterium ermöglicht aber keine Aussage darüber, ob die Person oder deren Eltern einen Migrationshintergrund haben.⁵

Einen zentralen bildungspolitischen Referenzpunkt für die Auseinandersetzung mit den Studierenden mit „Migrationshintergrund“ an Pädagogischen Hochschulen in der Schweiz bildet vor allem auch

¹ Vgl. <https://blogs.phsg.ch/dival/tagung/>

² Vgl. Köçer, F.;(2015). „Wer sind die Studierenden mit Migrationshintergrund an der Pädagogischen Hochschule Bern“, eine empirische Untersuchung. Bern

³ Bezeichnung „Migrationshintergrund“ gemäss Angaben des Bundesamts für Statistik: Bundesamt für Statistik > Themen > 01 - Bevölkerung > Migration und Integration > Indikatoren > Bevölkerung mit Migrationshintergrund unter:

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/04.html> (abgerufen am 26.05.2016).

⁴ Mit Ausnahme der gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit mindestens einem in der Schweiz geborenen Elternteil zählt jede im Ausland geborene Person zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund der ersten Generation. Diese Bevölkerungsgruppe umfasst somit:

die im Ausland geborenen Ausländerinnen und Ausländer; die im Ausland geborenen gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer, deren Eltern beide im Ausland geboren wurden; die im Ausland geborenen eingebürgerten Schweizer Staatsangehörigen.

Die zweite Generation, d.h. die in der Schweiz geborene Bevölkerung mit Migrationshintergrund, setzt sich zusammen aus eingebürgerten Schweizer Staatsangehörigen, den Ausländerinnen und Ausländern mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil sowie den gebürtigen Schweizerinnen und Schweizern, deren Eltern beide im Ausland geboren wurden.

⁵ Vgl. Migrationsbedingte und soziale Diversität von Studierenden der Pädagogischen Hochschule St.Gallen Ergebnisse der Studierendenbefragung „Diversität“ im Rahmen der Studie DIVAL

(= Diversität angehender Lehrpersonen: Fokus Migrationshintergrund) unter:

[http://www.phsg.ch/Portaldata/1/Resources/forschung und entwicklung/bildung und gesellschaft/DIVAL_Bericht 2014.pdf](http://www.phsg.ch/Portaldata/1/Resources/forschung%20und%20entwicklung/bildung%20und%20gesellschaft/DIVAL_Bericht%202014.pdf) (abgerufen am 30.05.2016).

eine Empfehlung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). In ihrem Bericht zur interkulturellen Pädagogik in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung im Jahre 2000 schlägt sie vor, Heterogenität und Multikulturalität bereits im Ausbildungsprozess zu berücksichtigen.⁶ Dies gilt insbesondere für die Volksschule, welche sich auch als Institution mit migrationsbedingter Vielfalt auseinandersetzen muss. Insbesondere angesichts der Tatsache, dass Mehrfachzugehörigkeiten in weiten Teilen des Unterrichtsmaterials ausgeblendet werden, womit auch die Erfahrungswelten wesentlicher Teile der gegenwärtigen Bevölkerung und damit der Schülerinnen und Schüler negiert werden. Diese Art der Ausblendung ist als Teil eines kulturellen Ausschlusses der Migrationsbevölkerung zu verstehen, der die politisch wirksame Unterscheidung zwischen einer angeblich alteingesessenen Bevölkerung und einer solchen mit angeblichem „Migrationshintergrund“ weiter festigt.

In einer Stadt wie Bern, in der Mehrfachzugehörigkeiten im Schulalltag eine zentrale Bedeutung haben, muss dieses Thema auch im politischen Diskurs aufgegriffen werden. Der Vielfalt im Klassenzimmer sollte mit Vielfalt im Lehrerzimmer entsprochen werden. Eine entsprechende gesellschaftspolitische Massnahme ist positive Diskriminierung, mit welcher der Anteil an Lehrpersonen mit Migrationshintergrund erhöht werden könnte. Weil institutionelle Diskriminierung Zugehörigkeitsmuster über den Aufenthaltsstatus hinaus schafft, ist es hier von grosser Bedeutung, Migrationshintergrund nicht mit dem Aufenthaltsstatus gleichzusetzen, sondern die Definition des Bundesamts für Statistik anzuwenden.⁷ Schlussendlich ist Fakt, dass der Bildungserfolg von Schulkindern in der Schweiz stark von ihrem sozialen Status und ihrem Migrationshintergrund abhängt.⁸

Trotz dieser nachweislichen Diskriminierung und dem verfassungsmässigen Diskriminierungsschutz übernimmt die Gesellschaft bisher kaum Verantwortung dafür. Eine proaktive Anstellungspolitik kann diesem Strukturproblem entgegen treten, indem die Institution Schule den gesellschaftlichen Realitäten angepasst wird.

Deshalb bitten wir den Gemeinderat die Umsetzung der folgenden Anliegen zu prüfen:

1. Die Schulleiterinnen und Schulleiter in Stadt Bern beachten bei einer Lehreranstellung die Vorgabe: Wenn sich zwei Lehrpersonen mit der gleichen Qualifikation für die offene Stelle bewerben, wird die Lehrperson mit Migrationshintergrund eingestellt. Weiter sind Lehrpersonen, welche nicht EU/EFTA-Bürger sind, primär anzustellen.
2. Die Lehrerinnen und Lehrer in der Stadt Bern werden ab dem Schuljahr 2017/2018 befragt, wie viele angeben, Migrationshintergrund zu haben. Die Befragung wird alljährlich wiederholt.
3. Der Anteil der Lehrpersonen mit einem Migrationshintergrund wird mit dieser Massnahme soweit gefördert, bis sie in dieser Berufsgruppe auch prozentual ihrer Vertretung in der Gesamtbevölkerung entsprechen.

Bern, 22. September 2016

Erstunterzeichnende: Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães

Mitunterzeichnende: Patrizia Mordini, Edith Siegenthaler, Barbara Nyffeler, Johannes Wartenweiler, Nora Krummen, Peter Marbet, Katharina Altas, Yasemin Cevik, Nadja Kehrli-Feldmann, Mess Barry, Daniel Egloff

⁶ Vgl. „Wer sind die Studierenden mit Migrationshintergrund an der Pädagogischen Hochschule Bern?“

⁷ Vgl. BFS: Migration und Integration - Indikatoren

⁸ Vgl. W. Kronig, Die systematische Zufälligkeit des Bildungserfolgs - Theoretische Erklärungen und empirische Untersuchungen zur Lernentwicklung und zur Leistungsbewertung in unterschiedlichen Schulklassen, Haupt Verlag, Bern, 2007

Bericht des Gemeinderats

Die Heterogenität und die multikulturelle Durchmischung der Schülerinnen und Schüler in den Volksschulen der Stadt Bern sind in der Tat sehr gross. Da die Volksschule der wichtigste Ort für die Integration in unsere Gesellschaft ist, ist das Streben nach einer integrativen Schule eine wichtige städtische Vorgabe, die sowohl im Schulreglement als auch in der Bildungsstrategie der Stadt Bern verankert ist. Beide machen Vorgaben zur Vermeidung von Diskriminierung und zum Streben nach Chancengerechtigkeit. So soll die Volksschule in der Stadt Bern allen Schülerinnen und Schülern optimale Lernvoraussetzungen bieten. Ihnen soll ein ihren Potenzialen entsprechender Bildungserfolg ermöglicht werden. Eine solche integrative Schule ist die Grundlage für mehr Chancengerechtigkeit in Bezug auf soziale und kulturelle Herkunft, Sprache, Religion, Beeinträchtigung und Geschlecht. Diese Zielsetzungen sind für die Schulen in der Stadt Bern indes eine grosse Herausforderung, die eine hohe Professionalität und Sensibilität der Lehrpersonen im Einzelnen wie auch als gesamtes Kollegium erfordern. Entsprechend findet die Auseinandersetzung mit Heterogenität und Vielfalt auch in den Schulentwicklungsprozessen der einzelnen Schulen statt. Diese Prozesse sind sehr vielfältig, die Wege und Massnahmen den individuellen Gegebenheiten angepasst.

Die Anstellung von mehr Lehrpersonen mit Migrationshintergrund soll nun einen weiteren Beitrag zur Integrationsfähigkeit der Volksschule auf der Volksschulebene leisten. Für diese ist nachweislich auch heute noch die Hürde für die Zulassung zur Lehrerinnen- und Lehrerausbildung sehr hoch. Dieses Studium und die anschliessende Berufsausübung verlangen überdurchschnittliche Kenntnisse der Landessprache. Entsprechend ist der Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund im Vergleich mit anderen Hochschulen unterdurchschnittlich. Der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) verglich 2016 die entsprechenden Studierendenzahlen an den Hochschulen und verdeutlichte, dass der Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund an den Pädagogischen Hochschulen schweizweit 16 Prozent betrug und damit gegenüber den Universitäten (31 Prozent) und Fachhochschulen (28 Prozent) unterdurchschnittlich ist.

Das Hochschulinstitut IVP NMS, das Lehrpersonen für die Kindergarten- und Primarstufe ausbildet und der PHBern angegliedert ist, erhob anlässlich einer Studien- und Berufswahlbefragung im Oktober 2017 die Nationalität und das Geburtsland der Studierenden an seinem Institut: Die entsprechenden Zahlen zeigten, dass lediglich 5,9 Prozent der Studierenden eine andere Nationalität hatten und 8,4 Prozent ein anderes Geburtsland als die Schweiz aufwiesen (n=119).

Die allgemeine Studierendenstatistik der PHBern hingegen erfasst lediglich die Nationalität und nicht das Geburtsland (vgl. <https://www.phbern.ch/ueber-die-phbern/hochschule/portraet/statistiken/statistik-studierendenstatistik>). Auch fehlen derzeit noch die Daten zum Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund. Aus diesem Grund soll an der PHBern ein Hochschulentwicklungsprojekt lanciert werden, in welchem zusätzliches Steuerungswissen generiert wird.

Folgende Fragen stehen dabei im Fokus:

- Wer sind die Studierenden an der PHBern?
- Welche Hintergründe bringen sie mit?
- Wie sehen ihre Studienverläufe aus?
- Inwiefern müssen die Studienpläne der PHBern die verschiedenen Hintergründe berücksichtigen?

Dieses Hochschulentwicklungsprojekt soll in den kommenden Monaten erarbeitet werden. In Bezug auf die Kampagne von 2017 zur Erhöhung der Anzahl an Studierenden mit Migrationshintergrund weist die PHBern u.a. auf folgende Projekte beziehungsweise Massnahmen hin:

- Laufendes Projekt «Reporter_innen unterwegs» (vgl. <https://www.reporterinnenunterwegs.ch>)
- Geplantes Projekt «Schreibförderung in der Aus- und Weiterbildung»
- Reduzierte Ergänzungsprüfung für Personen mit Berufsmaturität (ab Sommer 2021).

Diese Massnahmen werden unter der Annahme gestartet, dass Lehrpersonen mit Migrationshintergrund in der Schule eine besondere Rolle spielen könnten, so zum Beispiel einen besseren Zugang zu den Eltern mit Migrationshintergrund herzustellen oder eine Vorbildfunktion für eine erfolgreiche Integration zu übernehmen. Ebenso wird vermutet, dass Lehrpersonen mit Migrationshintergrund eine Rolle als Botschafterinnen und Botschafter für die kulturelle Vielfalt wahrnehmen.

Laut LCH betrug der Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund an den pädagogischen Hochschulen 16 Prozent, während dem der Anteil von Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Volksschulalter (7 bis 14 Jahre) mehr als 50 Prozent beträgt. Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen für das Jahr 2015, dass schweizweit lediglich 5,5 Prozent der amtierenden Lehrpersonen einen Ausländerstatus hatten. Dies dürfte unter anderem auch damit zusammenhängen, dass bis vor wenigen Jahren der Besitz eines Schweizer Passes eine Zulassungsbedingung für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung war. Die Kluft zwischen dem Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in der Volksschule und dem Anteil der Lehrpersonen mit Migrationshintergrund ist real. Der Grund dafür, dass der Anteil an Lehrpersonen mit Migrationshintergrund derart tief ist, liegt wohl vor allem darin begründet, dass es zu wenig ausgebildete Lehrpersonen mit Migrationshintergrund gibt.

Die Stadt Bern hat bis anhin die Zahl der Lehrpersonen mit Migrationshintergrund nicht erhoben. Gemäss statistischem Jahrbuch von 2018 liegt der Anteil der erwachsenen Migrationsbevölkerung bei rund 35 Prozent. Um den Anteil der Lehrpersonen mit Migrationshintergrund proportional zu diesen Grössenordnungen anheben zu können, müssten also rund 35 Prozent aller Lehrpersonen in der Stadt Bern einen Migrationshintergrund aufweisen. Eine Befragung zum Migrationshintergrund von Lehrpersonen bei den Schulleitungen in der Stadt Bern verlief ohne Erfolg, weil diese nicht über die entsprechenden Angaben verfügen.

Auch wenn Lehrpersonen mit einem Migrationshintergrund noch nicht gewährleisten, dass eine Schule besser gewappnet ist für den Umgang mit der Vielfalt und dem Multikulturalismus, sind Lehrpersonen mit Migrationshintergrund auch bei den städtischen Schulen sehr gefragt. Die Kompetenz, Lehrpersonen anzustellen, liegt bei den Schulleitungen. Diese müssen für die Stellenbesetzungen verschiedene Kriterien berücksichtigen wie den Umfang des Pensums, die Stufe (Kindergarten, Primar- oder Sekundarstufe I respektive Zyklus 1, 2 oder 3), das erforderliche Diplom respektive die Unterrichtsberechtigung, das Geschlecht, Persönlichkeitsfaktoren, Alter usw. Der Migrationshintergrund ist damit eines von verschiedenen Auswahlkriterien, welche die Schulleitungen bei der Stellenbesetzung gewichten. Die Stadt Bern macht den Schulleitungen bezüglich der Gewichtung der verschiedenen Kriterien keine Vorgaben. Gerade in Zeiten des Lehrerinnen- und Lehrermangels ist es ohnehin sehr schwierig, offene Stellen zu besetzen. Die Schulleitungen stehen diesbezüglich vor grossen Herausforderungen, geeignete Personen mit den entsprechenden Anforderungen zu finden.

Zu den einzelnen Punkten

Zu Punkt 1:

Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport hat das Anliegen des Postulats mit der Konferenz der Schulleitungen (KSL) thematisiert. Das Interesse der Schulleitungen an Lehrpersonen mit Migrationshintergrund ist gerade an Schulstandorten und Schulkreisen mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund sehr gross. Allerdings ist in Anbetracht des Lehrerinnen- und Lehrermangels die Anstellung von geeigneten Lehrpersonen grundsätzlich sehr schwierig.

Es ist für die Schulleitungen bereits heute eine grosse Herausforderung, genügend geeignete Lehrkräfte zu rekrutieren.

Der Gemeinderat teilt die Meinung der Postulantinnen und Postulanten, dass eine Erhöhung des Anteils der Lehrkräfte mit Migrationshintergrund wünschenswert wäre. Er möchte aber von einer Vorgabe im Sinne des Postulats absehen: Aus Sicht des Gemeinderats kann die Zahl der Lehrkräfte mit Migrationshintergrund in der Stadt Bern erst dann effektiv erhöht werden, wenn mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund ausgebildet werden. Die PHBern hat die Problematik erkannt und will die Zahl der Studierenden mit Migrationshintergrund mit geeigneten Massnahmen fördern. Zudem ist es unter den gegebenen Umständen das primäre Ziel, den Unterricht sicherstellen zu können. Grundsätzlich sind die Schulleitungen für die Thematik sensibilisiert.

Zu Punkt 2:

Die Anzahl Lehrpersonen mit Migrationshintergrund wird weder auf städtischer noch kantonaler Ebene erfasst. Die Personaldossiers der Lehrpersonen, aus denen die Nationalität ersichtlich wäre, sind dezentral bei den Schulleitungen. Regelmässige Befragungen der rund 1 500 Lehrpersonen, welche in den Volksschulen der Stadt Bern unterrichten, sind aus Sicht des Gemeinderats unverhältnismässig aufwändig, da diese aus Datenschutzgründen anonym durchgeführt werden müssten. Zudem müsste eine solche Befragung auf Freiwilligkeit beruhen. Deshalb dürfte das Ergebnis einer solchen Befragung verzerrt sein. Auch in Anbetracht des Potenzials an Lehrpersonen mit Migrationshintergrund und dem akuten Lehrerinnen- und Lehrermangel stehen Aufwand und Ertrag einer solchen Datenerhebungen in einem Missverhältnis. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass er auf eine regelmässige Erfassung dieser persönlichen Daten verzichten will. Hingegen befürwortet der Gemeinderat Kampagnen wie diejenige des Hochschulinstitut IVP NMS, den Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Zu Punkt 3:

Solange der Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund an den Pädagogischen Hochschulen nicht gesteigert werden kann, ist es auch nicht möglich, die geforderten Proportionen herzustellen. Dieser müsste rund 35 Prozent oder in absoluten Zahlen rund 500 Lehrerinnen und Lehrer betragen. Zum Vergleich: Aktuell befinden sich am Hochschulinstitut IVP NMS 45 Personen mit Migrationshintergrund in Ausbildung zur Lehrkraft. Der Gemeinderat ist aber weiterhin bereit, unterstützende Massnahmen für die erfolgreiche Integration von Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in der Volksschule zu ergreifen. Er ist auch weiterhin bereit, die Schulleitungen und Schulbehörden für die Thematik zu sensibilisieren und auf die positive Wirkung hinzuweisen, welche Lehrpersonen mit Migrationshintergrund haben, können im Zusammenhang mit einem direkteren Zugang zu den Eltern mit Migrationshintergrund, als Vorbilder für eine erfolgreiche Integration oder zur Stärkung der kulturellen Vielfalt gelten.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Massnahmen zur Steigerung der Lehrpersonen mit Migrationshintergrund in den Volksschulen der Stadt Bern haben keine Auswirkungen auf die Finanzen und das Personal.

Bern, 25. März 2020

Der Gemeinderat